

# Politik



**P**olitik ist ein blutiges Geschäft. House of Cards, Machiavelli, die Borgias, das britische Unterhaus, der Egomane im Weißen Haus, die Nachrichten sind voll davon. Es gibt kaum ein anderes gesellschaftliches Schlachtfeld, auf dem scheinbar so konfliktreich, brutal und karrierebezogen agiert wird. Da verwundert es nicht, dass Politiker bei den Sympathiewerten einzelner Berufsgruppen seit Jahren die Hinterbänkler sind. Noch hinter Maklern und Investoren. Aber woher kommt diese Politikverdrossenheit eigentlich?

Im wirklichen Leben, auf der kommunalpolitischen Ebene, sieht die Welt ganz anders aus. Hier wird Politik von ehrenamtlichen Parlamenten für ganz normale Menschen gemacht.

In Berlin gibt es neben dem Senat zwölf Bezirke mit ihren Bezirksverordnetenversammlungen. Die sind richtig fleißig und produzieren 16.000 Antragsvorgänge im Jahr, 2.500 davon sind für die Wohnungs- und Baupolitik relevant.

Es gibt Anträge für alles: „Flächendeckenden Milieuschutz für den gesamten S-Bahn-Ring“. Oder: „Keine Zweckentfremdung von Wohnungen“. Oder: „Für eine transparente Baupolitik“. In acht von zwölf Bezirken wurden Anträge eingereicht, die keine weiteren Hotels zulassen wollen.

Die meisten werden immer wieder diskutiert und vertagt. In meinem Bezirk, Charlottenburg-Wilmersdorf, kontrollieren 55 gewählte Bezirksverordnete das Bezirksamt und „regen Verwaltungshandeln an“. Die fünf Bezirksamtsmitglieder „leiten die Bezirksverwaltung und entscheiden“. Die Baurechtschaffung ist

eine kommunalpolitische Aufgabe. Dabei treffen Investoren auf Bezirksverordnete. Deren Bedürfnisse sind so vielfältig wie die Gesellschaft selbst.

Jeder hat Projekte, für die er oder sie sich besonders einsetzt. Der eine sucht Platz für eine kleine Bibliothek, der andere Freiräume für Jugendliche mit Flächen für Graffiti und Streetart. Ein anderer 20 Sozialwohnungen für Blinde, der Nächste eine Kiss-and-ride-Station vor dem Bahnhof. Oder Ladestationen für E-Autos im Kiez. Ganz praktische Anliegen für die Wählergruppen, die ihnen nahe sind. Erfolg ist da hart erkämpft, da der Haushalt von Charlottenburg-Wilmersdorf zu 74 Prozent aus langfristig festgelegten Transferleistungen besteht. Bei derartigen Interessenlagen wird jeder Investor zum Eindringling eines mehr oder weniger in sich funktionierenden Ökosystems. Zu groß sind seine Anliegen, zu viel kann da ins Wanken geraten, droht zu misslingen. Ein großes Bauvorhaben bringt neue Leute, andere Wähler, Lärm und Ärger. Dadurch wird der Bauwillige zum Bittsteller und jedes Baurechtsverfahren zum tendenziell abzulehnenden Kuhhandel.

Obwohl die Bezirksverordnetenversammlungen Teil der Exekutive sind, geht es selten um praktische Lösungen, sondern allzu häufig um Parteipolitik. Um Mehrheitsentscheidungen und die Beschlusslage der Partei. Abweichler werden festgetackert. Wen wundert es da, dass kaum jemand dafür zur Verfügung steht?

Bei einer Aufwandsentschädigung von 580 Euro im Monat plus Sitzungsgeld ist die Bezirkspolitik nicht konkurrenzfähig im Wettbewerb um die Talente.

**ZUR PERSON** Eike Becker leitet seit Dezember 1999 mit Helge Schmidt gemeinsam das Büro Eike Becker\_Architekten in Berlin. Internationale Projekte und Preise bestätigen seitdem den Rang unter den erfolgreichen Architekturbüros in Europa. Eike Becker\_Architekten arbeiten an den Schnittstellen von Architektur und Stadtplanung mit innovativen Materialien und sozialer Verantwortung.

Und dann braucht der gewählte Volksvertreter einen Arbeitgeber, der ihn drei bis vier Mal die Woche ab 17.30 Uhr für Ausschüsse und zwölf Mal im Jahr ab 16.30 Uhr fürs Plenum von seiner eigentlichen Arbeit freistellt. Deshalb sind viele Bezirksverordnete Angestellte von Parteien, Fraktionen, Referenten, Bezirksleitern oder des Senats. Auch Rentner und Studenten sind vertreten. Kaum jemand mit Kindern. Nur wenige kommen aus der Wirtschaft. Wer verbringt schon gerne 20 bis 30 Stunden in der Woche damit, Anträge durchzuarbeiten oder selber zu schreiben, um sich anschließend dem ruppigen politischen Wettbewerb auszusetzen? „Vielen Dank, dass Sie das Ehrenamt machen!“ hört kaum ein Kommunalpolitiker.

Nicht nur auf der politischen Ebene ist die Situation der Kommunen desolat. Auch in der Verwaltung herrscht Notstand. In Charlottenburg-Wilmersdorf etwa sind von 2.300 Stellen 400 nicht besetzt. Das ist keine Ausnahme. Und wird sich auch nicht ändern, wenn die Gehälter so niedrig bleiben. Die Unterbezahlung im Vergleich zu anderen Berufsgruppen wird mit steigender Qualifikation und höherer Position sogar noch größer. Was für eine Motivationshilfe!

Die öffentlichen Institutionen sind als Arbeitgeber einfach nicht wettbewerbsfähig. Es ist ein Trauerspiel. Denn gerade hier treffen die Bürger auf ihren Staat. Auch wenn der ein oder andere die langen Bearbeitungszeiten eines Bauantrages gerne mit verzweifelter Wut parieren würde: Kritik am jeweiligen Sachbearbeiter macht wenig Sinn. Die Abteilungsleiter kennen den Notstand und haben Angst, auch noch die verbliebenen Mitarbeiter ihrer unterbesetzten und unterbezahlten Abteilung zu verlieren.

Die Kommunen entscheiden über das alltägliche Leben. Hier wird Politik für viele Bürger sichtbar. Es ist aber eine Schande, wie wir mit ihnen umgehen. Die Arbeit der Kommunen muss grundsätzlich reformiert und besser bezahlt werden. Und jetzt das. Statt die Kommunen mit ihren ehrenamtlichen Parlamenten und unterbesetzten und -bezahlten Verwaltungen zu entlasten, wird ihnen von der Landespolitik immer noch mehr Verantwortung aufgebürdet. Aufgaben, denen sie in ihrer aktuellen Verfassung gar nicht gerecht werden können.

Das kann ich auch mit Staatsversagen beschreiben. Ein Beispiel von vielen ist die seit Jahren angekündigte und lang erwartete Hochhausrichtlinie des Berliner Senats. Sie ist nicht mit einem konkreten Hochhausrahmenplan, wie z. B. in Frankfurt, vergleichbar. In Berlin ist sie eine vage „Richtlinie“, die „Orientierung“ bieten soll für jeweils individuelle Meinungsbildungsprozesse. Sie bezieht sich auf eine gut erschlossene Umgebung, die eigentlich schon dicht und urban ist. Hier oder da könnte es Sinn machen, ein Hochhaus zu diskutieren. Anschließende Wettbewerbe liefern die Grundlage für einen neu zu beschließenden Bebauungsplan. Das notwendige Baurecht soll dann in den üblicherweise langwierigen Verfahren auf kommunaler Ebene erarbeitet werden. Das wird Jahrzehnte brauchen und viele, viele enttäuschen. Und die eigentliche Arbeit liegt wieder bei den unterbesetzten Bezirken. Der Senat ist fein raus. Es gibt ja eine „Richtlinie“. Ich nenne das „Hochhausverhinderungsrichtlinie“.

Die Zukunft einer wachsenden Stadt kann so nicht gestaltet werden. Ein echter Befreiungsschlag könnte dagegen ein durchgestaltetes Planungsrecht für das gesamte Stadtgebiet innerhalb des S-Bahn-Rings sein. Ein Masterplan, der gemeinsam erarbeitet und dann als Ganzes entschieden wird. Der für klare Verhältnisse sorgt, passendes Baurecht schafft und den geänderten Anforderungen einer wachsenden Stadt entspricht. Mit deutlich höherer Dichte. Viele Grundstücke könnten möglicherweise bis zu 40 Meter hoch bebaut werden. Die zentralen, gut erschlossenen Lagen dann bis 60 Meter. An herausragenden Orten könnten auch in unbegrenzter Höhe Hochhäuser entstehen. Die damit einhergehende Spekulation kann durch Mehrwertabschöpfung vermieden werden. Das so gewonnene Geld kann zur Reform der öffentlichen Institutionen verwendet werden. Die Sicherung der architektonischen Qualität liegt bei den zuständigen Fachleuten.

Dann müsste kein Bauwilliger mehr durch die jahrelangen frustrierenden politischen Abstimmungsprozesse, nicht mehr durch die Bezirksverordnetenversammlungen! Das käme einem Beschleunigungswunder gleich, und das Thema der Wohnungs- und Büroflächenknappheit wäre mit einem Schlag gelöst. «

**Wenig Geld, null Dank. Kaum jemand möchte sich noch in der Kommunalpolitik engagieren. Und auch die öffentlichen Institutionen sind als Arbeitgeber nicht wettbewerbsfähig. Wie will man so Zukunft gestalten?**